Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendent pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 79 (2006)

Heft: 10

Rubrik: Im Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kontrollbericht 2005. Überprüfung der Zielsetzungen der Armee

Die Realisierung der Armee XXI wird als grösste Veränderung seit dem Bestehen der eidgenössischen Armee von 1874 bezeichnet. Als Spiegelbild der Gesellschaft ist auch die Armee der Entwicklung und Änderung unterworfen. Dabei sollte der ursprüngliche Zweck der Armee, Verteidigung von Land und Volk gegen aussen, nie aus den Augen gelassen werden.

Von Oberst Roland Haudenschild

Politisches Controlling

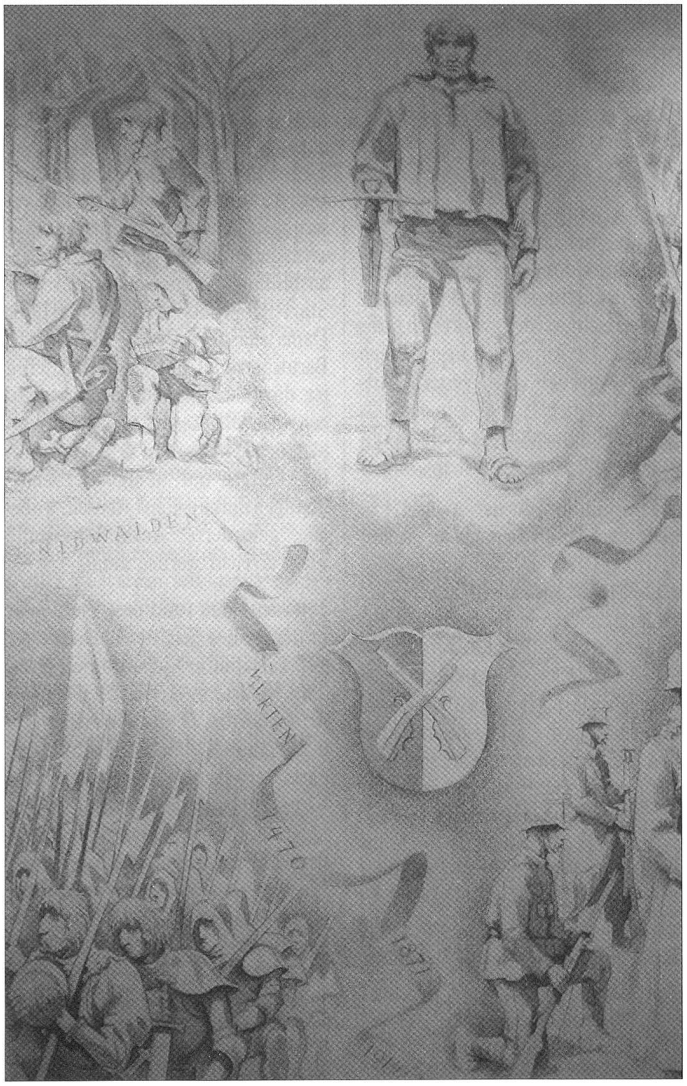
«Das Militärgesetz verlangt in Artikel 149b ‹Politisches Controlling›, dass der Bundesrat periodisch überprüft, ob die der Armee gesetzten Ziele erreicht werden. Er erstattet der Bundesversammlung Bericht. Die zuständigen parlamentarischen Kommissionen bestimmen Form und Gegenstand der Berichterstattung.» (Systematische Rechtssammlung, SR 510.10, Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung). In Absprache mit den Sicherheitspolitischen Kommissionen des Nationalrates und des Ständerates soll die Berichterstattung des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) an die Legislaturperiode gekoppelt werden. Ein erster Bericht ist somit für Ende Legislatur per Ende 2007 vorgesehen. Nach zwei Jahren, in der Mitte der Legislatur, Ende 2005, findet eine Zwischenberichterstattung an die Sicherheitspolitischen Kommissionen statt.

Erstmals erscheint demnach ein Zwischenbericht per 31. Dezember 2005 (zit.: Kontrollbericht 2005). Dargelegt werden die Erfahrung und Konsolidierung der Armee XXI, das heisst über den Bereich Verteidigung im VBS. Orientiert wird über die Umsetzung der Armee 2004/2005, den aktuellen Stand und die Weiterentwicklung.

Standortbestimmung

In einem ersten Teil nimmt der Chef VBS eine sicherheitspolitische Standortbestimmung und politische Würdigung des Standes der Umsetzung der Armee XXI vor. Dargestellt wird die Entwicklung der Bedrohungen, Gefahren und Risiken, z.B. die asymmetrische Bedrohung, Globalisierung und Entstaatlichung der Risiken sowie militärische Gewaltpotenziale.

Der Stand der Umsetzung der Armee enthält Hinweise über die Bestätigung der Milizarmee, die Konsolidierung der Armee XXI und deren Stationierungskonzept. Grössere finanzielle Planungssicherheit wird von mehrjährigen Rüstungsprogrammen erwartet, das heisst einem Wechsel zu einer Zweijahres-Rüstungsbotschaft. Probleme werden aufgezeigt bei der Gewinnung von militärischem Berufspersonal, der Verwendung von überzähligem Armeematerial, dem Bereitschaftsystem Katastrophenhilfe, der Schliessung von Bestandeslücken in Stäben und beim Erhalt von Spezialistenwissen über die Dienstaltersgrenze hinaus. Der mittelfristige Entwicklungsschritt 2008/2011 sieht eine Verstärkung der Mittel für Sicherungseinsätze und eine Erhaltung der Verteidigungskomponente vor, welche bei näherer Betrachtung jedoch reduziert wird.



Unser Bild: Ein Wandgemälde im Luzerner Restaurant Schützenhaus. Der ursprüngliche Zweck der Armee, Verteidigung von Land und Volk gegen aussen, darf nie aus den Augen gelassen werden. *Foto: Meinrad A. Schuler*

Le rapport de contrôle 2005 du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) à l'attention des Chambres fédérales est un controlling politique dans lequel le Conseil fédéral vérifie si les buts posés à l'armée ont été atteint.

Weitergeführt wird die Unterstützung der zivilen Behörden durch die Armee, wenn die zivilen Mittel nicht ausreichen. Die militärische Friedensförderung soll ausgebaut werden, was bei der Freiwilligkeit der Einsätze nicht ohne Probleme ist. Die Reserve bleibt weiter bestehen, ebenso der Durchdieneranteil je Rekrutenjahrgang. Gewisse vorgeschlagene Massnahmen bedingen eine Revision der Verordnung der Bundesversammlung vom 4. Oktober 2002 über die Organisation der Armee (AO, SR 513.1), die am 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt werden könnte. Die AO-Revision ist 2006 eingeleitet und soll im gleichen Jahr vom Parlament behandelt werden.

In einem zweiten Teil nimmt der Chef der Armee (CdA) seinerseits eine Standortbestimmung vor. Dass der Start der Armee XXI mit Problemen behafte war, ist nichts Neues; schlimmer ist, das die Militäradministration vor lauter Armee XXI den einzelnen Angehörigen der Armee (AdA) nicht mehr gesehen hat!

Am 11. Mai 2005 hat der Bundesrat Beschlüsse gefasst, die zur Reduktion der Verteidigungskapazität und zur Rollenspezialisierung führen, das heisst zur Leistung von Sicherungseinsätzen. Veranlassung dazu ist das Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) und die Einsparung von Betriebskosten zu Gunsten der Investitionen.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 4

Die Raumsicherung soll ein Schwergewicht bilden und ebenso die Unterstützung der zivilen Behörden. Der Verteidigungsfall wird als wenig wahrscheinlich angesehen, das Niveau für das Gefecht mit verbundenen Waffen soll durch Aufwuchskerne sichergestellt werden.

Der Abbau von Verteidigungskräften mit gleichzeitiger Reduktion der Kosten dient der Verlagerung zu den Sicherungskräften. Damit können die Rüstungsprogramme gekürzt werden.

Die Armeeaufträge beinhalten Unterstützung ziviler Behörden, Raumsicherung und Verteidigung sowie Friedensförderung. Alle Armeeaufträge sind gleichwertig und von zentraler Bedeutung, wobei eine Rollenspezialisierung stattfindet: Infanterie für Raumsicherungseinsätze, Panzer/Artillerie für Verteidigung.

Rechtlich und personell soll der Entwicklungsschritt ab 1. Januar 2008 umgesetzt werden und bis 2011 abgeschlossen sein. Als flankierende Massnahme ist ein Abbau des Diensttageüberhanges der AdA aus der Armee 95 durchzuführen. Die Teilstreitkräfte Heer und Luftwaffe werden nach neusten Erkenntnissen von 2006 nicht zusammengelegt. Der Entwicklungsschritt 2008/2011 setzt die Sparvorgaben des EP 03 voraus. Das EP 04 bewirkt Einsparungen zu Lasten der Investitionen (Rüstung).

Unter der Weiterentwicklung der Armee wird die Umsetzung und Konsolidierung des Enwicklungsschrittes 2008/2011 verstanden, so die Verbesserung des Images der Armee durch nationale und internationale Einsätze (WEF 08, EURO 2008, Verbandsausbildung Ausland, Friedensfördernde Einsätze auf Bataillonsstufe) und eine neue Logistik. Damit ist die Streitkräfteentwicklung vorerst ausgeschöpft und die Armee braucht eine Ruhepause.

Der Departementsbereich Verteidigung ist geprägt durch einen Personalum- und -abbau sowie verschiedene Kostensenkungsmassnahmen.

Ein dritter Teil befasst sich mit der Berichterstattung über die Erreichung der wichtigsten Ziele in den Jahren 2004 und 2005. Die personelle Überführung nach dem Volksentscheid vom 18. Mai 2003 zeichnete sich durch Fehler und später Information der AdA im Herbst 2004 aus.

Das Rekrutierungssystem spielt zur Zufriedenheit der Stellungspflichtigen; auf das Stellen von beanstandeten Fragen im «medizinisch-psychologischen Fragebogen» wird seit Beginn 2005 verzichtet. Neu ist die Abgabe von Kaderempfehlungen bereits anlässlich der Rekrutierung.

An der Gesamttauglichkeit hat sich kaum etwas geändert. Bei den Durchdienern (DD) melden sich 2004 zuwenig Rekruten und die Einführung des DD-Modells verläuft nicht optimal. Ende 2005 kann das Ziel der DD-Rekrutierung erreicht werden.

Der Gesamtbestand der Armee beträgt am 1. Januar 2006 noch 279 000 AdA, davon sind noch 239 000 WK-pflichtig. Der Diensttageüberhang aus der Armee 95 wird laufend abgebaut. Ein generelles Problem für Schulen und Kurse sind die zahlreichen Dienstverschiebungen, die teilweise zu Engpässen führen. Die Lehrverbände haben grosse Probleme mit den unterschiedlichen Bestandesgrössen der drei Rekrutenschulstarts (RS-Start).

Die allgemeine Bereitschaft zur Dienstleistung ist bei der Miliz vorhanden und die neu konzipierte Kaderausbildung bei den Offizieren (in einem Jahr kann der Offiziersgrad erreicht werden) wirkt sich positiv aus. Der Anteil der Freiwilligen mit Bereitschaft zur Weiterausbildung ist gestiegen. Einzig in den Stäben der Truppenkörper fehlen Führungsgehilfen.

Die Ausbildung in der Armee XXI stellt neue Anforderungen an das militärische Berufspersonal und bedingt dadurch einen Mehrbedarf an Lehrpersonal. Obschon Entlastungsmassnahmen eingeleitet sind, verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für Berufsmilitärs (Berufsoffiziere und -unteroffiziere). Seit Beginn 2004 sind die Austritte und Kündigungen der mittleren Jahrgänge markant angestiegen; die Rekrutierung von Berufsmilitärs ist schwierig und ungenügend. Die Arbeitszufriedenheit leidet, die Stimmungslage ist besorgniserregend und geht soweit, dass Berufsmilitärs ihren Beruf nicht mehr weiterempfehlen können. Massnahmen zur Entschärfung der Situation sind schwierig zu verwirklichen; eine davon ist die Versetzung von Berufsmilitärs aus den zentralen Bereichen (Militäradministration) an die Ausbildungsfront.

Die Miliz wird wie folgt in den Entwicklungsprozess einbezogen: Einerseits durch periodische Treffen von Vertretern militärischer Verbände mit dem Chef der Armee, anderseits durch ihre Mitarbeit im Armeestabsteil Milizfragen, wo sie ihre Anliegen vorbringen kann.

Bei den Einheitskommandanten sind 83%, bei den Bataillons-/Abteilungskommandanten lediglich 66% Milizoffiziere. Von den im März 2005 ins Generalstabskorps aufgenommenen Offiziere sind 80% Milizoffiziere. Die Vertretung der Miliz auf Stufe Höhere Stabsoffiziere ist ungenügend, obschon entsprechendes Potenzial vorhanden ist.

Die Sparauflagen der Entlastungsprogramme wirken sich auf den Investitionsbereich (Rüstung) aus, allein durch die Reduktion der Betriebskosten können sie nicht aufgefangen werden. Erforderlich ist eine Umlagerungsstrategie, das heisst eine Senkung der Betriebskosten zu Gunsten der Investitionen. Dazu soll das Stationierungskonzept mit einer Reduktion der Infrastruktur beitragen.

Das Ausbildungsmodell hat Verbesserungen gebracht, z.B. den Grundsatz der unterbruchsfreien Kaderausbildung. Das personalintensive 3-Start-RS-Modell bringt eine hohe Dauerbelastung für das militärische Berufspersonal mit sich. Nachteilig ist die mangelnde Führungserfahrung der Milizkader. Auf Stufe Truppenkörper können in den Wiederholungskursen nur wenige Verbandsübungen durchgeführt werden, wobei der geforderte Ausbildungsstand nicht erreicht werden kann.

2004 entfallen rund drei Viertel der in der Armee geleisteten Diensttage auf subsidiäre Sicherungseinsätze, 2005 sind es zwei Drittel. Die zivilen Behörden fragen vermehrt Armeeleistungen im Sicherheitsbereich nach. Im Übrigen leistet die Armee Katastrophenhilfeeinsätze, Einsätze für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten und Peace support operations Einsätze. Aus der Ausbildungsarmee ist eine vermehrt einsatzorientierte Armee geworden.

Würdigung

Der Zwischenbericht, in der Halbzeit der Legislatur, soll den politischen Dialog fördern und das Parlament besser in die Entscheidfindung in Armeebelangen einbinden. Er gibt zwei Jahre nach dem Start der Armee XXI einen Einblick in den Zustand der Armee. Wichtig ist die Darstellung über den Stand der Zielerreichung. Die Armeereform ist zu einem guten Teil gemeistert worden, aber es sind noch Lücken vorhanden und es bestehen Verbesserungsmöglichkeiten.

Prekär ist die Lage beim militärischen Berufspersonal, wo die Abgänge zum Teil nicht mehr ersetzt werden können. Milizkader sind überwiegend in genügender Anzahl vorhanden, das Interesse an einer Weiterausbildung besteht, doch ist die Miliz in den oberen Rängen der Armeehierarchie nicht adäquat vertreten. Einsätze dürfen sich nicht hauptsächlich in der Bewachung von diplomatischen Auslandvertretungen in der Schweiz erschöpfen, gefragt sind grössere Brigadeübungen im Verteidigungs- und Raumsicherungsbereich in der Schweiz; ein Ausweichen ins Ausland wäre problematisch und zum Teil nicht gerechtfertigt. Materiell muss eine vernünftige Balance zwischen Investitionsausgaben und Betriebskosten gefunden werden. Finanziell sind die Militärausgaben auf einem Niveau von rund 4 Milliarden Franken zu halten. Eine Milizarmee kann nicht dauernd verändert werden, die Grenzen der Weiterentwicklung der Armee sind mit dem Entwicklungsschritt 2008/2011 erreicht. Die Armee muss glaubwürdig bleiben.

Revision 09

BERN. – -r. Momentan läuft die Vernehmlassung über die «Revision 09 der Militärgesetzgebung». Inhaltlich geht es um: Schaffung eines Ausbildungsobligatoriums im Ausland für Milizangehörige und eines Obligatoriums für Auslandeinsätze beim Militärpersonal. Verwesentlichung des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens bei Einsätzen im Friedensförderungs- und Assistenzdienst. Überarbeitung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen und Schaffung neuer formellgesetzlicher Grundlagen im Bereich des Datenschutzes. Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die gewerbliche Tätigkeit der Verwaltungseinheiten des VBS. Geplanter Abschluss des schriftlichen Verfahrens: Im November.

SOG: Fundierte sicherheitspolitische Diskussion fehlt

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) zum Entscheid der Sicherheitskommission des Nationalrates (SiK NR).

(SOG) «Die SOG bedauert den Entscheid der SiK NR, die Revision der Verordnung über die Armeeorganisation nicht für eine sicherheitspolitische Auslegeordnung zu nutzen, um damit Fragen zur inneren und äusseren Sicherheit des Landes breit zu diskutieren.

Die Stossrichtung, die Schwergewichtsverlagerung von der klassischen Verteidigung hin zu präventiven Raumsicherung, ist für die SOG im Prinzip richtig. Hingegen zeigt die eben eröffnete Vernehmlassung zum Militärgesetz, dass verschiedene Instrumente der Sicherheitspolitik besser koordiniert werden müssen. Davon betroffen sind Armee und Polizei, Bund und Kantone. Um hiefür das nötige Verständnis zu wecken, sind umfassende Erklärungen nötig. Zeit in eine Aufwuchsdiskussion zu investieren, lohnt hingegen nicht. Das Kriegsbild der Zukunft ist wenig fassbar. Kernauftrag jeder Armeeplanung ist eine laufende Anpassung an die bekannten Bedrohungen. Zudem sollte endlich eine ehrliche Grundsatzdiskussion über den Verfassungsauftrag, die Verteidigung des Landes, geführt werden. Der Begriff Verteidigung wird nicht mehr einheitlich verstanden.

... und die SVP fodert referendumgs-fähigen Gesetzeserlass

(SVP) «... Die SVP hat mehrfach auf die schleichende Schwächung der Verteidigungsbereitschaft hingewiesen. Jetzt wird sie augenfällig. Die vorgesehenen Reformschritte sind nicht mehr zu verantworten. Die SVP wird den Entwicklungsschritt 2008/2011 an den Bundesrat zurück weisen und verlangt einen referendumgsfähigen Gesetzeserlass, damit die Möglichkeit besteht, die einschneidende Reform ausführlich und breit zu diskutieren.»

Die Armee spart beim Essen

Der Bundesrat hat am 29. September die Verordnung über die Verwaltung der Armee (VVA) angepasst und auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

BERN. – jvk./-r. Neben redaktionellen Änderungen wird unter anderem der Bereich der Verpflegung den neusten Gegebenheiten angepasst, was sich schon längst abzeichnete. So werden die im Jahre 2003 begonnenen Anstrengungen zur Realisierung von Einsparungen in Zusammenhang mit dem Projekt «Verpflegung XXI» weitergeführt. Mit einer konsequenteren Umsetzung des Grundsatzes, dass die Verpflegung der Angehörigen der Armee primär bei der Truppe beziehungsweise in den Verpflegungszentren erfolgt und der damit verbundenen Reduktion von Serviceentschädigungen und Pensionsverpflegungen können jährlich Minderausgaben von rund drei Millionen Franken erzielt werden.

Diese Massnahme zielt nicht, wie von einigen Medien angenommen wurde, auf Kosten der heute hochstehenden und bewährten Truppenverpflegung ab. Vielmehr gehts dabei um die gerade in früheren Jahren allzu aufwändige Pensions-Verpflegung. Wurden 2003 noch 20 Millionen für Pensions-Verpflegung und Service-Entschädigungen ausgegeben, waren es im letzten Jahr nur noch 13 Millionen Franken.

Erläuterung:

Was ist Pensions-Verpflegung?
Nach VVA Art. 73: «Sofern Stäbe und kleine Detachemente nicht an einem Truppenhaushalt teilnehmen können, sind die Verpflegungsmittel einer Gaststätte oder einem Privaten zur Zubereitung gegen Entrichtung einer vom VBS festgesetzten Entschädigung abzugeben.»

Neuer Status für Rotkreuzdienst

Totalrevision der Verordnung über den Rotkreuzdienst (VRKD). Sie tritt am 1. November in Kraft. Angepasst wird namentlich der Status der Angehörigen des Rotkreuzdienstes.

b.r./-r. Im Rahmen der Reformen zur Einführung der Armee 95 wurde die Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee revidiert und der Rotkreuzdienst (RKD) als Dienstzweig ersatzlos gestrichen. Die Angehörigen des Rotkreuzdienstes (AdRKD) werden seit der Armeereform als Spezialistinnen den Sanitätstruppen zugewiesen, sind nicht Angehörige der Armee, haben aber – von fachtechnisch bedingten Ausnahmen abgesehen – gleiche Rechte und Pflichten wie Armeeangehörige.

Der Sanitätsdienst der Armee ist auf das fachliche Know-how der Angehörigen des Rotkreuzdienstes angewiesen, da zum Betrieb seiner Einrichtungen zuwenig diplomiertes, militärdienstpflichtiges Fachpersonal rekrutiert werden kann. Die revidierte Verordnung regelt die spezifischen Aufgaben der AdRKD, die Koordination zwischen den zuständigen Behörden der Armee und dem Rotkreuzdienst beziehungsweise dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK), die Ausnahmen von den militärgesetzlichen Bestimmungen und die Grundzüge der Finanzierung des RKD durch den Bund. Sie sichert den reibungsfreien Ablauf der Eingliederung der zugewiesenen AdRKD in die Armee und die Kooperation Armee-SRK.

Als zivile Organisation regelt das SRK die interne Struktur und die Führungsstufen des RKD selbständig. Das SRK legt die Organisation des RKD in einem Reglement fest. Das Reglement wird publiziert.

Neu enthält die Verordnung im Übergang eine Rahmenregelung über die vom Bund zu finanzierende Abgeltung für die Leistungen des SRK durch den Bund. Das VBS wird zudem verpflichtet, die Finanzierung des RKD anlässlich der Totalrevision des Bundesbeschlusses vom 13. Juni 1951 betreffend das Schweizerische Rote Kreuz zu regeln.

Frauen in der Armee

-r. Die Angehörigen des Rotkreuzdienstes sind nicht mehr Angehörige der Armee. Das heisst aber nicht, dass es keine Frauen in der Armee gibt. Im Gegenteil: Insgesamt melden sich pro Jahr rund 180 Frauen freiwillig zur Rekrutierung an. Davon werden 150 für diensttauglich erklärt. Die Rekrutenschule beenden aber nur rund 100. Trotz den eingehenden Tests an der Rekrutierung müssen viele Frauen aus medizinischen Gründen aus der Rekrutenschule entlassen werden, weil sie die Belastung auf Dauer physisch oder psychisch nicht durchstehen.

Nachrichten

Verteidigungsattachés notwendig

BERN. – -r. An seiner Sitzung vom 29. September hat der Bundesrat seine Stellungnahme zum Bericht der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK-N) zum schweizerischen Verteidigungsattachédienst verabschiedet. Er hält darin fest, dass die Schweiz zur Wahrung ihrer Interessen auf die Verteidigungsattachés (VA) angewiesen ist. Die VA ergänzen unter anderem durch ihr Fachwissen und ihr spezifisches Beziehungsnetz die Leistungen der diplomatischen Vertretungen, in welche sie voll integriert sind. Die Schweiz verfügt heute über einen VA-Dienst mit 17 Posten an schweizerischen Botschaften im Ausland. Der Bundesrat wird die Kontrolle von Regelungen von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, der Umsetzung bereits eingeleiteter organisatorischer Massnahmen, der laufenen Überprüfung des Dispositivs, sowie den Massnahmen zur Qualitätssicherung bis Ende 2007 vornehmen und in geeigneter Form kommunizieren.

Europameisterschaft 2008

BERN. – vbs. Der Bundesrat hat die Botschaft und den Entwurf zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung der zivilen Behörden anlässlich der Fussball-Europameisterschaft 2008 (UEFA EURO 2008) gutgeheissen. Vom 2. bis 28. Juni 2008 sollen maximal 15 000 Armeeangehörige den zivilen Behörden an den vier Austragungsorten Basel, Bern, Genf und Zürich zur Verfügung stehen. Der Assistenzdienst muss vom Parlament genehmigt werden.

Viel Volk beim Vet D und A Tiere

SCHÖNBÜHL-SAND. – -r. Die RS 57-2/06 lud am 16. September zum «Tag der Angehörigen» ein. Hunderte von Besuchern säumten den Waffenplatz. Auch der Schulkommandant Oberstlt Jürg Liechti sowie der Kompaniekommandant Hptm Bruno Invernizzi waren mit dem Vorgeführten bestens zufrieden.

Train-Soldaten bauen Bikeweg

ENGELBERG. – -r. Im Gebiet Jochpass haben 30 Soldaten der Train-Kompanie 9B mit ihren 15 Pferden den 1750 Meter langen Mountainbikeweg vom Jochpass nach Engstlenalp gebaut. Hauptaufgabe der Pferde war der Kiestransport. Insgesamt wurden 200 Tonnen Material transportiert. Die zehntägigen Bauarbeiten konnten planmässig abgeschlossen werden.

Die Ausrutscher des Monats

Dreimal «Frappé Sessiun» mit Bundesrat Samuel Schmid

BIER-WEISHEIT. – In der Armee ist vieles im Fluss, die Bedrohungen wandeln sich. Da hält sich Militärminister Samuel Schmid gerne an alte Gewissheiten, so auch in Flims. Bei einem Bier in der Bar des Parkhotels Waldhaus erklärt er dem Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann zu vorgerückter Stunde: Was man in der Armee schon immer gelernt habe, sei Trinkfestigkeit. Prost!

«Der Bund», 23. September 2006

AUFSTELLER. – Auf dem Sessionsgelände wimmelt es von WK-Soldaten. Auch vor dem Medienhaus sind sie postiert. Auf die Frage, vor wem er die Journalisten schütze, sagt ein unbewaffneter Soldat in Ausgängeruniform wie aus der Pistole geschossen: «Vor Terroristen.» Das ist ein Aufsteller für Samuel Schmid: Seine Truppen haben das neue Feindbild schon verinnerlicht.

«Der Bund», 23. September 2006

LINKE BEGEISTERUNG. – Samuel Schmid, Bewachungsminister, kann stolz sein auf seine Mannen, die das Parlament in Flims gegen Aggressoren abschirmen. Sie schaffen, was nicht mehr möglich schien: linke Begeisterung für die Armee. So liess ein nicht genannt sein wollendes, weibliches Mitglied der SP-Fraktion zu später Stunde in einer Bar verzückt verlauten: «Wie ich diese Armee liebe!» Der Grund: Die Soldaten – «sie sind ja so süss!»

«NZZ am Sonntag», 24. September 2006

... und Premier Romano Prodi in New York

«GARDE WIRD ES RICHTEN». – Ein verbaler «Ausrutscher» des italienischen Premiers Romano Prodi in New York hat in Italien zu einer heftigen Polemik geführt. «Was soll ich sagen? An die Sicherheit des Papstes werden wohl seine Schweizer Gardisten denken.» Diese saloppe Antwort gab der italienische Premier Prodi am Rande der UN-Vollversammlung einem Journalisten, der wissen wollte, welche Sicherheitsmassnahmen Italien im Hinblick auf die im November geplante Türkei-Reise des Papstes ergreifen werde.

«Berner Zeitung», 22. September 2006

398 Lernende in 28 Berufen

110 Lernende haben im Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ihre Ausbildung begonnen.

BERN. – vbs. Mit den Neueintretenden bildet das VBS derzeit 398 Jugendliche in 28 Berufen aus, was über 40 Prozent aller Lernenden in der Bundesverwaltung entspricht. Der Stand konnte trotz Stellenabbaus, welchen das VBS aus Spargründen vornehmen musste, nahezu unverändert gehalten werden.

Die Lernenden beginnen Ausbildungen in 29 Betrieben in 20 verschiedenen Berufen; insbesondere Automechaniker (29 %), Polymechaniker (20 %), Kaufleute (19 %), Logistikassistenten und Informatiker (je 5 %).

Frauen wollen auch «typische» Männerberufe

Immer mehr Frauen wollen auch «typische» Männerberufe erlernen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm nicht zuletzt auch deshalb der Frauenanteil erneut leicht auf 25 Prozent zu. 71 Prozent der Lernenden stammen aus der Deutschschweiz, 22 Prozent aus der Romandie und 7 Prozent aus der italienischen Schweiz.

«Kampfjetlärm»: Bundesrat empfiehlt Initiative abzulehnen

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» verabschiedet. Er beantragt dem Parlament, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag und mit der Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung zu unterbreiten.

db/-r. Am 3. November 2005 hat ein Komitee die Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» mit 113 049 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative ist aus den Diskussionen um den Lärm der Kampfjets vom Typ F/A-18 in der Region des Militärflugplatzes Meiringen heraus entstanden. Sie hat folgenden Wortlaut: «In touristisch genutzten Erholungsgebieten dürfen in Friedenszeiten keine militärischen Übungen mit Kampfjets durchgeführt werden.»

Auswirkungen der Initiative

Die Annahme der Initiative würde die Übungstätigkeit und damit die Einsatzbereitschaft der Kampfjets erheblich beeinträchtigen. Sie würde deshalb unweigerlich dazu führen, dass die Schweiz ihre Lufthoheit und damit ihre Souveränität und Neutralität nicht mehr glaubwürdig wahren könnte.

Haltung des Bundesrats

Die Initiative hätte im Falle der Annahme schwerwiegende Auswirkungen auf die Fähigkeit der Schweiz zum Schutz ihres Luftraums und damit ihrer Souveränität und Neutralität. Der Bundesrat lehnt die Initiative deshalb ohne Wenn und Aber ab.

Auch im Wallis «brodelts»

SITTEN. – -r. Zum Abschluss der September-Session hat der Walliser Grosse Rat ein breites Spektrum von Sachgeschäften durchberaten. Dabei kam auch der «Flugplatz Sitten als Kriegsflugplatz» zur Sprache. Olivier Delaloye (freisinnig-liberal) steht dem Kriegsflugplatz Sitten skeptisch gegenüber. Dieser Schritt hat eine ganze Reihe von Konsequenzen, vor allem im Bereich des Lärms und der Orts- und Raumplanung. Eine Intervention von Jean-René Germanier im Nationalrat blieb ohne Folgen. Das VBS will keine Rücksicht auf die Wohnqualität nehmen und auch nicht auf den Tourismus. Staatsrat Fournier räumt ein, dass die Problematik die Bevölkerung des Mittelwallis beschäftigt. Man soll aber bei den Tatsachen bleiben, was die Umweltbelastung angeht. Sitten hat zwar eine hohe Feinstaubbelastung; diese ist aber auch auf meteorologische Bedingungen zurückzuführen. Die Lärmbelastung in einem dichtbesiedelten Gebiet in einem Talkessel ist problematisch. Was die raumplanerischen Einschränkungen angeht, ist ein Auflageverfahren im Gange. Der Kanton ist bereits beim Bund vorstellig geworden und hat Einschränkungen beim Betrieb des Kriegsflugplatzes gefordert.

Weiteres Vorgehen

Das Parlament wird die Beratungen zur Initiative voraussichtlich in der Wintersession aufnehmen.

Bis spätestens Anfang Mai 2008 muss das Parlament einen Beschluss zur Initiative fassen. Im Anschluss daran hat der Bundesrat die Initiative bis spätestens im März 2009 dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind noch einige «hitzige Gefechte» zu erwarten...